

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
A. Einleitung	1
I. <i>Das Dilemma der Koordinierung</i>	1
II. <i>Gang der Darstellung</i>	4
B. Die Rolle der Koordinierung im Prozess der Europäischen Integration	7
I. <i>Formen, Funktionen und Inhalt der Koordinierung</i>	7
1. Die Vielfalt der Koordinierung	8
a) Abstufungen in der Legalität	8
b) Vielfalt der Verfahrensweisen	10
2. Unterschiedliche Zwecke der Koordinierung	12
a) Exekutive Koordinierung	14
b) Koordinierung im Sinne eines gegenseitigen Lernprozesses	15
c) Koordinierung im Sinne eines Strebens nach Konvergenz	16
3. Instrumente der Koordinierung	17
a) Soft Law	17
b) Peer Review	19
c) Finanzielle Förderung	20
d) Konditionalität	22
II. <i>Chancen und Risiken der Koordinierung</i>	24
1. Vorteile, Chancen und Erwartungen	26
a) Koordinierung als Antwort auf politische Teilintegration	26
b) Koordinierung als Ausdruck eines „sozialen Europas“	28
c) Koordinierung als flexible und dezentrale Form demokratischen Gestaltens	29

2. Befürchtungen und Kritik	31
a) Koordinierung als schleichende Harmonisierung	31
b) Mangelnde Legitimität der Koordinierung	32
c) Intransparenz und Ineffizienz	34
3. Deutung in Bezug auf den Integrationsprozess	36
<i>III. Koordinierung im Prozess der Europäischen Integration</i>	<i>37</i>
1. Die Integration des Binnenmarktes „durch Recht“	38
a) Der Abbau von Handelshemmnissen unter den Bedingungen supranationaler Effizienz	39
b) Die gemeinsame Ausübung regulativer Kompetenz im Binnenmarkt	43
2. Integration der nationalen Politiken mittels Koordinierung	46
a) Koordinierung als Verfahren	47
b) Nationale Politiken als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse	49
c) Koordinierung als justiziable Pflicht zur „Einbeziehung des Anderen“	51
3. Mit der Koordinierung zurück ins Völkerrecht?	53
<i>IV. Zusammenfassende und überleitende Betrachtung</i>	<i>57</i>
 C. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik	59
<i>I. Die wirtschaftspolitische Koordinierung im Überblick</i>	<i>59</i>
1. Sinn und Zweck der wirtschaftspolitischen Koordinierung	60
2. Die Grundlagen der haushaltspolitischen Koordinierung	63
a) Peer Pressure des Stabilitäts- und Wachstumspaktes	64
aa) Beurteilungsspielräume hinsichtlich der Haushaltsdisziplin	65
bb) Einfluss der „peers“ auf die Verfahrensgrundlagen	67
b) Der marktbasierter Sanktionsgedanke der Art. 123 ff. AEUV	68
3. Die Grundlagen der Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik	71
a) Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik	72
b) Präventive Defizitkontrolle als de-facto Schwerpunkt	74
c) Der Peer Pressure Ansatz der multilateralen Überwachung	75
4. Defizite der wirtschaftspolitischen Koordinierung	77
<i>II. Die Reform der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise</i>	<i>78</i>
1. Ziele der Reform: Die politischen Leitbilder der „Fiskalunion“ und der „Wirtschaftsunion“	79

2. Die Effektivierung der haushaltspolitischen Überwachungsmechanismen	81
a) Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch das „Six-Pack“	82
b) Verankerung der Haushaltsregeln im nationalen Recht	85
c) Vertiefte Überwachung durch das „Two-Pack“	88
d) Wiederherstellung der marktbasierten Disziplinierung: die Bankenunion	91
3. Die Ergänzung der Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik	92
a) Gegenständliche Erweiterungen	94
aa) Die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte	95
bb) Vorabkoordinierung größerer wirtschaftspolitischer Reformen	97
cc) Euro-Plus-Pakt und Wachstumspakt	99
dd) Weitere Vorschläge: Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenzkodex	100
b) Instrumentelle Erweiterungen	102
aa) Finanzielle Anreize: Das Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit	102
bb) Konditionalität: der ESM	104
4. Die Stärkung der formalen Seite der Koordinierung: das Europäische Semester als umfassender Überwachungszyklus	107
<i>III. Institutionelle Auswirkungen der verstärkten Koordinierung</i>	<i>109</i>
1. Die Institutionelle Entwicklung	110
a) Der Europäische Rat als Impuls- und Entscheidungsorgan	110
b) Die Kommission: auf dem Weg zurück zum Sekretariat?	113
c) Der Rat als Verhandlungs- und Koordinierungsinstanz	116
d) Die begleitende Rolle des Europäischen Parlaments	118
e) Der Einfluss der EZB auf die Koordinierung	123
2. Das institutionelle Gleichgewicht: rechtliches Prinzip und dynamische Evolution der Interorganverhältnisse	126
a) Die normativen Gehalte des institutionellen Gleichgewichts	127
b) Die Evolution des institutionellen Gleichgewichts durch die Koordinierung	128

D. Koordinierung als Herausforderung für die Europäische Kompetenzordnung	131
I. <i>Die Kompetenz der Union zur Koordinierung</i>	131
1. Politische Prämissen der Koordinierung hinsichtlich der Kompetenzordnung	133
2. Die Auseinandersetzungen um die Koordinierung im Verfassungskonvent	134
3. Begrifflicher und dogmatischer Hintergrund der Kompetenzdebatte um die Koordinierung	136
a) Kompetenzen und Kompetenzausübungsregeln	136
b) Handlungsformen und Regelungsmethoden	139
c) Koordinierung als nicht-regulative Kompetenz	140
4. Koordinierung als Gegenstand der Kompetenzprinzipien	142
a) Das Prinzip begrenzter Einzelermächtigung als Prinzip positiver Legalität	143
aa) Unionsrechtliche Anforderungen an Kompetenznormen	145
bb) Verbandskompetenz zur Koordinierung	147
cc) Organkompetenz zur Koordinierung	148
b) Koordinierung als Gegenstand des Subsidiaritätsprinzips	150
c) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip und der Grundsatz der Formenwahlfreiheit	151
II. <i>Koordinierung als Kompetenzausübungsregel für die Mitgliedstaaten</i>	154
1. Die Auswirkungen der Koordinierung auf die nationale Kompetenzausübung	155
a) Unklarheiten hinsichtlich der Wirkungen der unionalen Vorgaben im Rahmen der Koordinierung	155
aa) Der Streit um die Grundzüge der Wirtschaftspolitik	156
bb) Der Streit um die beschäftigungspolitischen Leitlinien	157
cc) Der Streit um die Ratsempfehlung im Defizitverfahren	158
b) Konkretisierung der materiellen Pflicht zur Berücksichtigung der unionalen Vorgaben im Rahmen der Koordinierung	160
2. Koordinierung nach Maßgabe der Unionstreue	161
a) Die Unionstreue als allgemeine Kompetenzausübungsregel für die Mitgliedstaaten	162
b) Konkretisierung in Bezug auf die Koordinierung	163
c) Zur Frage der Justiziabilität der Koordinierung	166

<i>III. Kompetenzielle Fragestellungen der Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung</i>	167
1. Art. 136 AEUV als Option für eine vertiefte Koordinierung in der Eurozone	168
a) Zum Regelungsgehalt des Art. 136 AEUV	169
b) Das „Two-Pack“ als Anwendungsfall	171
c) Die Sanktionsregelungen des „Six-Pack“ als Grenzgänge	171
2. Völkerrechtliche Verträge unter den Mitgliedstaaten als Basis einer Vertiefung der Koordinierung	173
a) Völkerrechtliche Verträge als Herausforderung für den Europäischen Staaten- und Verfassungsverbund	174
b) Zulässigkeit völkerrechtlicher Verträge nach Maßgabe der Kompetenzverteilung	175
c) Materielle Vorgaben des Unionsrechts für den Inhalt von völkerrechtlichen Verträgen	179
d) Insbesondere: Voraussetzungen einer Organleihe	180
aa) Der Ansatz des EuGH in <i>Pringle</i>	181
bb) Art. 13 II 1 EUV als Maßstab für eine Organleihe	182
cc) Exkurs: Rechtsschutz gegen Unionsorganhandeln auf völkervertraglicher Basis	184
3. Die „Troika“-Konditionalität als ein Kompetenzproblem?	187
 E. Koordinierung als Herausforderung für die Legitimation in der EU	 189
<i>I. Koordinierung im europäischen Legitimationsrahmen</i>	190
1. Legitimationsbedürftigkeit der unionalen Koordinierungsinstrumente	190
2. Die Legitimität der Koordinierung	193
a) Verringerung demokratischer Defizite auf nationaler Ebene	194
b) Abbau substanzieller demokratischer Defizite der EU	196
3. Koordinierung als Katalysator intergouvernementaler Legitimationsdefizite	197
a) Die Kompetenzordnung als Regulativ unionaler Legitimationsmechanismen	198
b) Strukturelle Defizite intergouvernementaler Legitimation	200
c) Verstärkereffekte der Koordinierung	203

4. Einordnung der Verfahren der Koordinierung in die Funktionenordnung zwischen Exekutive und Parlament . .	204
a) Der politische Entscheidungsprozess als Objekt der Koordinierung im Sinne eines gegenseitigen Lernprozesses .	205
b) Formalisierung der Koordinierung im Sinne eines Strebens nach Konvergenz	208
<i>II. Die Reform der haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordi- nierung an den Grenzen intergouvernementaler Legitimation . .</i>	211
1. Die Unionsmethode als Herausforderung für den Legitimationsrahmen der EU	211
a) Der Europäische Rat als institutionelles Zentrum der Unionsmethode	212
b) Kritik des währungsunionalen Exekutivföderalismus	215
2. Der unterschiedliche Einfluss der Unionsmethode auf den nationalen politischen Prozess	217
a) Differenzierung zwischen „negativer“ und „positiver“ Koordinierung	218
b) Schlussfolgerungen mit Blick auf die Umsetzung der Reform der haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung . . .	219
3. Die Reformmaßnahmen zwischen Depolitisierung der nationalen Demokratie und substanziellem europäischen Demokratiedefizit	221
<i>III. Die nationalen Budgetrechte im legitimatorischen Konflikt . . .</i>	222
1. Die haushalts- und wirtschaftspolitische Koordinierung im Lichte der Verfassungsrechtsprechung	222
a) Der intergouvernementale Legitimationsansatz des BVerfG: Koordinierung als Ausdruck demokratischer Selbstbestimmung	223
b) Konkretisierung in den Grundsätzen der Budget- und der haushaltspolitischen Gesamtverantwortung	226
2. Die Entwicklung zu vertraglichen Arrangements: Legitimität durch Konsens?	229
a) Stärkung des Vertragsgedankens in der Reform der wirtschaftspolitischen Koordinierung	229
b) Die hybride Rechtsnatur der ESM-Konditionalität	231
c) Legitimität durch „Ownership“?	233
aa) Intransparenz der Verhandlungsmacht	234
bb) Konträre Budgetsouveränitäten	235
3. Das gemeinsame Interesse als alternativer Anknüpfungspunkt .	235
a) Anerkennung fiskalpolitischer Externalitäten als gemeinsames Interesse	236

b) Die Notwendigkeit der Koordinierung grenzüberschreitender Sachverhalte als Ansatzpunkt für bestehende verfassungs- rechtliche Spielräume	237
4. Budgetpolitisches Fazit	239
5. Ausblick: Integrationsdynamiken zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion	242
 F. Abschließende Betrachtung der Rolle der Koordinierung	245
I. Koordinierung im Allgemeinen	245
II. Die wirtschaftspolitische Koordinierung im Speziellen	247
 G. Zusammenfassung in Thesen	249
 Literaturverzeichnis	259
Sachregister	285